№ 258
A 140
Morgen-Ausgabe.

Berlin

Sonnabend, 22. Mai 1920

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Einzelne Nummer
Groß-Berlin 20 Pf.
Auswärts 30 Pf.

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags u. Montags nur einmal. Jeden Sonntag die illustr. Beilage „Zeitbilder". Sonst. Beilagen u. Rubriken: Finanz- u. Handelsblatt, Umschau in Technik u. Wirtschaft, Für Reise u. Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftl. Sonntagsbeilage, Allgem. Verlosungstabelle, Kurszettel d. Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin u. Umgegend monatl. 10 Mark, durch eigene Boten tägl. frei ins Haus; durch die Post 9 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66⅔ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichk. für Aufnahme in eine bestimmte Nr. Annahme i. Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, u. i. all. Geschäftsstell. d. Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 296

Die Sicherung Schleswigs.

Im Anschluß an die Aeußerung des dänischen Ministerpräsidenten über die Internationalisierung der zweiten Zone in Schleswig erklärte der Reichsminister des Aeußeren Dr. Köster einem Mitarbeiter des W. T. B.:

Die Internationalisierung ist mit dem Friedensvertrage nicht vereinbar. Der Friedensvertrag ist dazu da, eine Grenzlinie zwischen Deutschland und Dänemark zu ziehen. Der Wunsch der Bevölkerung, bei Deutschland zu bleiben oder an Dänemark zu gehen, soll nach dem Paragraphen 109 des Friedensvertrages über die Grenzziehung maßgebend sein. Der Friedensvertrag sieht vor, daß nach der Grenzziehung Deutschland das südlich gelegene Land wieder in Besitz nimmt. Was nördlich der neuen Grenze liegt, soll Dänemark erhalten. Der Friedensvertrag enthält keinerlei Bestimmungen über dritte Möglichkeiten und die Bevölkerung hat über nichts abgestimmt, als über ihre Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Dänemark.

In Dänemark sollte man sich bei dem infolge der Abstimmungsbedingungen ohnehin für die Dänen sehr günstigen Ergebnis der Abstimmungen beruhigen und nicht den Versuch machen, den Willen der Bevölkerung, wie er in der Abstimmung zutage getreten ist, nachträglich umzudeuten. Das dänische Volk sollte einsehen, daß es für die Zukunft auch in seinem Interesse liegt, in diesem kritischen Moment kein Unrecht gegenüber Deutschland zu begehen. Solches Unrecht würde fortzeugend Mißstimmung und Gegensätze zwischen den beiden Nachbarstaaten schaffen. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn man sich in Dänemark dieser Einsicht verschließen würde.

Kopenhagen, 21. Mai.

Im Reichstag erklärte heute der Kriegsminister im ehemaligen Ministerium Zahle, Munch, daß er mit Freuden der Veröffentlichung der aktenmäßigen Darstellung der nordschleswigschen Politik der Regierung Zahle entgegensehe, die Ministerpräsident Neergaard angekündigt habe. Es sei ihm unverständlich, daß Neergaard behaupten könnte, daß die Internationalisierung durch den Friedensvertrag begründet werden könne. Dänemark führt eine unwürdige Politik, wenn es die Internationalisierung der zweiten Zone fordert. Eine solche Forderung könne weder mit dem Nationalitätenprinzip, noch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker vereinbart werden. Es sei auch unklug von der dänischen Regierung, für die Einverleibung der vier Gemeinden zu wirken. Diese würde u. a. zur Folge haben, daß die deutsche Bevölkerung einen Vertreter in den dänischen Reichstag wählen könnte und innerhalb des Tiedje-Gürtels eine deutsche Mehrheit bestehen würde.

Die Umsturzpläne in Schlesien.

Ueber die in unserem gestrigen Abendblatt gemeldeten angeblichen Truppenzusammenziehungen um Breslau hat, wie W. T. B. erfährt, bereits eine Besprechung mit dem Regierungskommissar stattgefunden, an der die Vorsitzenden der Koalitionsparteien und andere maßgebende Mitglieder dieser Parteien teilgenommen haben und zu der auch der Kommandierende General des 6. A.-K. v. Horn, der Chef des Generalstabes Oberstleutnant Fehrenbach und der erste Generalstabsoffizier hinzugezogen waren. Die Behauptung, daß Breslau zum Zwecke eines neuen militärischen Putsches von Truppen umzogen würde, wurde vom Generalkommando auf das energischste in Abrede gestellt. Bei den unrichtig gedeuteten Truppenbewegungen handele es sich um Umformungen und Verschiebungen, die durch Zurückführung des Heeresbestandes auf 200 000 Mann, die bis zum 25. Mai stattzufinden hat, bedingt seien.

Eine von einem Generalstabsoffizier begleitete, aus Vertretern der drei Koalitionsparteien und des republikanischen Führerbundes gebildete Kommission ist gestern in die Umgebung von Breslau abgereist, um diese Umformungen nachzuprüfen. Die Führung dieser Kommission liegt in der Hand des Zivils. Ebenso wurde die Gefahr eines linksradikalen Putsches als den Tatsachen nicht entsprechend bezeichnet.

Was die Beschuldigungen des Schlesischen Landbundes betrifft, so hat an der Versammlung auch das Mitglied der demokratischen Partei, Dr. Josefi, teilgenommen, der sofort über die Vorgänge vernommen werden wird. Das gesamte Stenogramm über die Verhandlungen hat der Polizeipräsident beschlagnahmt und die energische Untersuchung der ganzen Angelegenheit sofort in die Hand genommen. Ein Grund zu irgend welcher Beunruhigung der schlesischen Bevölkerung liegt, soviel läßt sich jetzt schon mit ziemlicher Sicherheit sagen, nicht vor.

Die Untersuchung gegen den „Frontbund".

Das Reichswehrministerium hat eine Untersuchung der Bestrebungen eingeleitet, die, wie berichtet, in einer Organisation „Der Frontbund" die Auflösung der Freikorps verhindern wollen. Das Ministerium weist darauf hin, daß keineswegs die Absicht besteht, die Angehörigen der Freikorps in das neue Heer schlechter zu behandeln, als die der Reichswehr, vorausgesetzt, daß sie sich der in jeder ordentlichen Truppe erforderlichen Disziplin unterzuordnen gewillt sind. Andererseits sei jede Bevorzugung ausgeschlossen, die nur auf Kosten anderer Truppenteile geschehen könnte. Wenn sich Teile der Reichswehr anfänglich an den Versammlungen des Frontbundes beteiligt hätten, so sei das geschehen, um die disziplinfeindlichen Tendenzen des Frontbundes durch Teilnahme verständiger Elemente auszumerzen, was allerdings nicht gelungen sei.

Beratungen der Botschafterkonferenz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

gh Paris, 21. Mai.

Die Botschafterkonferenz hat heute eine Sitzung abgehalten, der auch Marschall Foch beiwohnte. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Frage der Volksabstimmung in Marienwerder und Allenstein. Sie hat im Zusammenhang damit die Frage der Vermehrung der Polizeikräfte in diesen Gebieten geprüft und die Antwort entworfen, die den Deutschen und Polen in dieser Angelegenheit erteilt werden soll. Die Abstimmung wird nicht so schnell erfolgen, wie man es angekündigt hatte; sie wird eine kleine Verzögerung erfahren.

Die Konferenz hat ferner das provisorische Uebereinkommen, das zwischen Deutschland und Polen am 23. April über die Eisenbahnen und Zölle getroffen wurde, genehmigt. Dieses Uebereinkommen wird aber später durch einen endgültigen Vergleich ersetzt werden. Die Konferenz hat dann die Frage der Schulden der unter der Gerichtsbarkeit des Danziger und Memeler Gebiets stehenden Personen der Wirtschaftskommission zur Erledigung überwiesen.

Paris, 21. Mai. (W. T. B.)

Havas meldet aus Peking: Die Regierung hat sich entschlossen, mit Japan nicht in direkte Verhandlungen über die Regelung der Schantungfrage zu treten.

Das neue Kabinett Nitti.

Drahtmeldungen.

Zürich, 21. Mai. (P. T.)

Nitti hat am Freitag abend dem König offiziell die endgültige Liste seines neuen Kabinetts überbracht, die in der Nacht veröffentlicht werden wird.

Rom, 21. Mai. (Ag. Stefani.)

Die radikalen, konstitutionell-demokratischen und reformistischen Gruppen haben beschlossen, das neue Kabinett Nitti zu unterstützen; dagegen werden, wie „Messaggero" schreibt, die offiziellen Sozialisten in die Opposition gehen. Das Kabinett Nitti wird also eine große Mehrheit besitzen.

Einschränkung des Ausnahmezustands

In Berlin und Brandenburg aufgehoben.

Amtlich wird gemeldet: Der Reichspräsident hat, wie Minister Koch ankündigte, die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmevorschriften für folgende Bezirke aufgehoben: Berlin, Brandenburg, Pommern, die Reste der früheren Provinzen Westpreußen und Posen, für Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, sowie für die Rheinprovinz außer dem Regierungsbezirk Düsseldorf; ferner für Hessen, Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und die Hansastädte.

Im Freistaat Sachsen, in Württemberg, Baden und in Thüringen mit Ausnahme von Gotha, bestehen Ausnahmevorschriften nicht. Ueber Ostpreußen, Schlesien und die Provinz Sachsen wird noch ein näherer Bericht vor der Entscheidung abgewartet. Die Entscheidung soll in den nächsten Tagen erfolgen.

*

Der Untersuchungsausschuß im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Auf Dienstenthebung und Ueberweisung der Akten an den Oberreichsanwalt ist erkannt in den Fällen des Obersten Czettritz (Halle), Oberstleutnant Nothnagel, Oberstleutnant Guhr, Major v. Falkenhausen, Major Bomke, Hauptm. Hallmeister, Hauptm. Waas, Leutn. Schmidt, Leutn. Scheele, Leutn. Nettesheim, Vizeadmiral v. Trotha, Kapt. z. S. Wossidlo, Kapt. z. S. Foertsch, Konter-Admiral v. Levetzow, Oberleutn. z. S. Paul. In weiteren 25 Fällen ist unter Ueberweisung der Akten an der Oberreichsanwalt die Beurlaubung ausgesprochen. Versetzt wurden 6 Offiziere. In 13 Fällen ist das Verfahren eingestellt worden. Im ganzen sind 88 Fälle erledigt.

Durch das Abstimmungsgebiet

Von

Ludwig Sochaczewer,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung".

I.

In den herben östlichen Frühling fuhren vor Wochenfrist zwölf deutsche Journalisten, Vertreter der großen Presse im Reich, ohne Unterschied der Partei, um dem ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiet einen Besuch abzustatten. Ihrer Sendung Ziel war ein dreifaches. Sie sollten an Ort und Stelle die politische und wirtschaftliche Lage und die Stimmung der Bevölkerung erkunden; sie wollten aus eigenem Augenschein den Volksgenossen im Reiche und vor allen Dingen den rund 200 000 ost- und westpreußischen Abstimmungsberechtigten von den Sorgen und Hoffnungen dort oben berichten; sie sollten aber vor allen Dingen den Ost- und Westpreußen selber zeigen, daß das alte böse Wort, das Land östlich der Weichsel und Nogat sei vom übrigen Reiche „verraten und verkauft", ein falsches Wort ist, daß im Gegenteil das Reich mit allen Fasern sich mit Altpreußen vereinigt und verbunden fühlt und mit starker Teilnahme seinen Kampf für das Deutschtum verfolgt ...

Der erste und schlimmste Schicksalsschlag, der Ost- und Westpreußen getroffen hat, ist der „polnische Korridor". Die Entente hat ihn erfunden, um dem neuen Polen einen eigenen „Zugang zum Meer" zu sichern. Sie hat es vielleicht wirklich nicht beabsichtigt, aber — bis zur Stunde wenigstens — auch nicht verhindern können oder wollen, daß dieser Korridor das deutsche Ostweichselland von dem politischen und wirtschaftlichen Mutterlande fast restlos abschnürt und ihm damit den Lebensnerv unterbindet. Wir haben die stundenlangen Aufenthalte, Paßprüfungen und Durchsuchungen in Mejherowo — so heißt nämlich jetzt Neustadt in Westpreußen — und in Tzew (der neue Name für Dirschau) miterlebt und haben dort gesehen, wie in den wenigen Monaten buchstäblich alles polonisiert worden ist: die Soldaten und die Beamten und die amtlichen, ehemals schwarz auf weißen, nun rot auf weißen Inschriften, sogar für „Ausgang" oder „Trinkwasser". Der Verkehr aber zwischen dem Reich und Ostpreußen wird geradezu raffiniert schikanös erschwert und verzögert. Wir haben in Königsberg gehört, wie dadurch das ganze Wirtschaftsleben der großen alten Handelsstadt in seinen Wurzeln bedroht wird, und auch sonst braucht man in beiden Provinzen nur das Wort „Korridor" in den Mund zu nehmen, um allenthalben, bis in den äußersten Winkel und das kleinste Dorf, einen Sturm der Entrüstung ausbrechen zu sehen.

Nun ist freilich kein einziger Instmann in Ostpreußen und nicht der bescheidenste Knecht in Westpreußen unerfahren genug, um nicht den Zweck dieser Uebung klar zu erkennen. Der Korridor und die Art seiner Handhabung durch die Polen sollen bei dieser Abstimmung einen „sanften" Druck ausüben. Nebenbei kann man diesen „Korridor" jederzeit schließen — ein erster Versuch ist neulich glänzend gelungen —, und man wird von diesem bequemen Mittel vermutlich auch unter irgendwelchem Vorwande kurz vor oder während der Abstimmung Gebrauch machen, um damit den Abstimmungsberechtigten aus Deutschland die Reise zu erschweren. Vorsichtigerweise rechnet man in den Kreisen der deutschen Organisationen schon jetzt auch mit dieser Möglichkeit; man wird die Landsleute auf dem Seewege heranholen und durch einen Aufruf an die deutschen Handelsreeder den noch vorhandenen Schiffsraum möglichst vollständig für diesen Zweck frei zu bekommen suchen.

Das große Erlebnis für viele von uns (wenngleich keine Ueberraschung für jeden, der, wie der Verfasser, Ostpreußen seit Jahren und Jahrzehnten kannte) war das reindeutsche Antlitz, das reindeutsche Denken und Bekennen des gesamten Abstimmungsgebietes, in Ost- wie in Westpreußen. In beiden Provinzen empfindet man es geradezu als eine Schmach, überhaupt vor den Zwang einer Abstimmung über die politische Zugehörigkeit gestellt worden zu sein. Um so einmütiger ist der Entschluß, gleichviel zu welchem Zeitpunkt die Abstimmung anberaumt werden sollte, vom ersten bis zum letzten Mann und von der ersten bis zur letzten Frau das Bekenntnis zum Deutschtum abzulegen. Wir sind durch zahllose Städte und Dörfer gefahren. Wir haben die im Ermländer- und Masuren-Bund zusammengeschlossenen Heimatvereine in Ostpreußen kennen gelernt, die weniger Werbearbeit treiben, als die vorhandenen Stimmungen auffammeln und weniger schlummernde Kräfte aufrufen, als mahnend beruhigen müssen. Wir haben die von allen Parteien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, ins Leben gerufenen und geführten deutschen „Arbeitsgemeinschaften" in Westpreußen an ihrer Arbeit gesehen. Wir waren in Lyck und hörten den Rütli-Schwur von zweitausend Männern und Frauen, die auf die Aufforderung ihres Pfarrers in das stürmisch jubelnde Gelöbnis einstimmten, nicht im Leben und im Sterben vom deutschen Vaterlande lassen zu wollen. Wir erlebten in der äußersten Südostecke desselben Kreises, hart an der Grenze,